

**Birgit Homburger**

- (A) Ich will Ihnen das kurz begründen. Warum ist der Emissionshandel zu teuer und zu bürokratisch? Er ist in Deutschland schon deshalb zu teuer, weil es die Untätigkeit der Bundesregierung deutschen Unternehmen bislang nicht ermöglicht hat, günstige Emissionsgutschriften aus Klimaschutzmaßnahmen mit und in anderen Ländern zu erwerben. Diese Verknüpfung ist aber dringend notwendig.

(Ulrich Kelber [SPD]: Sie wissen, dass alles falsch ist, was Sie sagen!)

Neben den Anstrengungen im Inland ist auch eine Verknüpfung mit den internationalen Instrumenten erforderlich. Das haben Sie in Deutschland nicht ermöglicht. Andere Länder sind schon weit vorangegangen. Deswegen fordern wir von Ihnen, dass dies auch in Deutschland zulässig wird.

(Beifall bei der FDP und der CDU/CSU)

Wir haben als FDP immer wieder darauf hingewiesen, dass es unverzichtbar ist, die anderen **klimapolitischen Instrumente** – beispielsweise Ökosteuer, KWK-Gesetz und EEG – **auf den Emissionshandel abzustimmen**. Sie bleiben alle nebeneinander stehen. Sie haben in der Anhörung des Umweltausschusses im Prinzip die Lösung auf dem Silbertablett präsentiert bekommen, indem uns die Experten empfohlen haben, in einem Klimaschutzartikelgesetz eine Regelung zu treffen, derzufolge eine Anlage, die in den Emissionshandel einbezogen wird und die die Klimaschutzziele erreicht, von anderen Regeln ausgenommen und somit auch von der Ökosteuer befreit wird. Das aber wollen Sie nicht. Im Gegenteil: Ihr Staatssekretär hat gestern im Umweltausschuss noch einmal betont, dass alle Instrumente beibehalten würden. Das geht aber nicht an, weil es unnötige Kosten verursacht. Das werden wir nicht akzeptieren, Herr Trittin.

(B)

(Beifall bei der FDP und der CDU/CSU – Ernst Burgbacher [FDP]: Es wäre schön, wenn die Regierungmitglieder einmal zuhören würden!)

– Lieber Ernst Burgbacher, es lohnt sich nicht, sich darüber aufzuregen.

(Ernst Burgbacher [FDP]: Wenn der Minister doch einmal zuhören würde! Es gibt auch Stilfragen in diesem Parlament!)

– Stimmt, es gibt auch Stilfragen in diesem Parlament. Darüber, dass es unterschiedliche Stile gibt, kann sich aber jeder sein eigenes Bild machen.

Herr Trittin, ich möchte auf Ihre Aussage eingehen, dass Sie den Emissionshandel unbürokratisch über das Bundes-Immissionsschutzgesetz regeln wollen. Sie haben sich dabei auf den **Streit mit den Ländern** bezogen. Das ist allerdings nicht der Punkt, über den Sie sich im Augenblick mit den Ländern streiten. Es geht vielmehr darum, dass der Bund die Emissionsrechte zuteilen soll, dass die Länder aber für die Umsetzung zuständig sein sollen. Wenn es Klagen der betroffenen Unternehmen gibt, weil sie mit Emissionsrechten nicht ausreichend ausgestattet wurden, dann sollen die Länder die Beklag-

ten sein. Das darf nicht sein. Die Länder wollen eine unbürokratischere Regelung und wollen den Emissionshandel von vornherein an einer Börse abwickeln. Vor diesem Hintergrund frage ich mich, warum Sie in § 20 des TEHG vorsehen, das beim Umweltbundesamt anzusiedeln. Mir scheint es einfacher zu sein, den Emissionshandel von vornherein in private Hände zu geben und an einer Börse abzuwickeln. Sonst muss eine neue Bundesbehörde mit circa 600 bis 1 000 Mitarbeitern errichtet werden. Das wollen wir definitiv nicht, weil es die Sache unnötig verkomplizieren würde.

(Beifall bei der FDP und der CDU/CSU)

Der Emissionshandel soll Anfang 2005 beginnen. Es wird also Zeit, dass die Bundesregierung ein vernünftiges Gesetzespaket vorlegt. Die Vorschläge der FDP liegen seit langem auf dem Tisch. Ich kann Ihnen nur noch einmal unsere konstruktive Zusammenarbeit anbieten. Wir erwarten aber Lösungen, die uns sowohl beim Klimaschutz als auch bei der Effizienz – es geht um geringere Kosten – voranbringen. Das ist bisher nicht der Fall. Aber das wollen wir und daran werden wir arbeiten.

Vielen Dank.

(Beifall bei der FDP und der CDU/CSU)

**Vizepräsidentin Dr. Antje Vollmer:**

Das Wort hat jetzt der Abgeordnete Ulrich Kelber.

**Ulrich Kelber (SPD):**

Frau Präsidentin! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Eigentlich sollten alle Rednerinnen und Redner in dieser Debatte über die Umsetzung von Klimaschutzmaßnahmen und Emissionshandel sprechen. Aber ich gehe jede Wette ein, dass wir bis zum Ende dieser Debatte das übliche Schauspiel der Opposition ertragen müssen. Anstatt Vorschläge für notwendige Maßnahmen zum Klimaschutz zu machen, wird über Formalismen lamentiert. Statt Beiträge zur Umsetzung des Emissionshandels zu liefern, werden die Redner der Opposition abwechselnd und wahlweise über Zeitdruck oder eine zu langsame Umsetzung jammern, ohne sich dabei über die eigenen Widersprüche zu wundern. Statt inhaltliche Vorschläge zum Nationalen Allokationsplan zu machen, wird mit jeder Rede versucht, die Teilnehmer und die Öffentlichkeit zu verunsichern. Dabei ist der Klimaschutz notwendiger denn je.

Vor zehn Jahren haben wir noch darüber diskutiert, ob man den **Klimawandel** verhindern kann. Heute sprechen wir darüber, dass man nur noch mit größten Anstrengungen die schlimmsten Auswirkungen des Klimawandels abmildern kann. Sommer mit Hitze und Dürre wie der im letzten Jahr werden in wenigen Jahrzehnten eher der Normalfall sein als der Extremfall. Es gibt weitere düstere Szenarien des Klimawandels. Wir wissen heute, dass manche Eisschilde im Landesinneren durch die Erwärmung instabiler geworden sind als angenommen. Kommen diese ins Rutschen, kann der Meeresspiegel sehr schnell ansteigen. Neue Untersuchungen zeigen außerdem, dass der Salzgehalt des nördlichen Atlantiks durch das Abschmelzen von Inlandeis und Gletschern

**Ulrich Kelber**

- (A) schneller sinkt als erwartet und dass ein Versiegen von wichtigen Meeresströmungen wie des Golfstroms möglich ist. Die Klimaauswirkungen auf Europa wären verheerend.

(Franz Obermeier [CDU/CSU]: Alles nicht neu!)

Vor diesem Hintergrund muss die Debatte über den Emissionshandel vor allem auch eine Debatte über die Chancen für den Klimaschutz durch den Emissionshandel sein.

**Vizepräsidentin Dr. Antje Vollmer:**

Herr Kollege, gestatten Sie eine Zwischenfrage des Kollegen Grill?

**Ulrich Kelber (SPD):**

Ja.

**Kurt-Dieter Grill (CDU/CSU):**

Herr Kollege Kelber, Ihre dramatische Schilderung der Folgen des Klimawandels steht in einem nicht unerheblichen Widerspruch zu der just veröffentlichten Studie der Bundesforschungsministerin, in der der Klimawandel mit einem großen Fragezeichen versehen wird. Welchem Teil der Bundesregierung soll man nun eigentlich glauben?

**Ulrich Kelber (SPD):**

- (B) Herr Grill, Sie waren einmal in einer der Enquete-Kommissionen, die sich neben der Frage der Zukunft der Energieversorgung auch mit diesem Thema beschäftigt hat. Von daher sind Sie ein aufmerksamer Leser aller möglichen Studien. Sie wissen, wohin die breite Entwicklung in der Wissenschaft geht, was absolut – so würden das die Juristen nennen – die Mehrheitsmeinung ist. Sie kennen die neuen Studien aus Amerika, die neuen Studien des IPCC, die alle eher in die Richtung gehen, dass sich die Situation verschärft. Wir glauben deswegen, dass der Emissionshandel eine gute Chance bietet, die Klimaschutzverpflichtungen punktgenau zu erfüllen, dass er vor allem eine Chance für Unternehmen in Europa und in Deutschland darstellt, dies mit den kostengünstigsten Verfahren umzusetzen.

Es wird in Deutschland oft gesagt, man wolle eine Harmonisierung des Umweltrechts. Es ist wichtig, festzustellen, dass der Emissionshandel eine Harmonisierung der Klimaschutzbemühungen in Europa bedeutet. Die scharfe Kritik der EU-Kommission an den Ländern, die zum Thema Emissionshandel bisher überhaupt nichts vorgelegt haben oder deren Vorschläge ein deutlicher Verstoß gegen die Klimaschutzaufgaben sind, gibt Anlass zur Hoffnung, dass eine Harmonisierung stattfinden wird.

Die Fragen an uns sind jetzt: Wie setzen wir den Emissionshandel um? Wann sollen Regierung und Parlament entscheiden? Welche staatliche Ebene ist zuständig? Bis Ende dieses Monats müssen wir der EU-Kommission unsere Vorschläge zur Umsetzung des europäischen Emissionshandels in Deutschland übermit-

eln. Eines ist klar: Bis dann kann die **parlamentarische Beratung** nicht abgeschlossen werden. Deswegen wird die Regierung ihre Vorschläge auch nur mit Parlamentsvorbehalt nach Brüssel geben können. Diesen Parlamentsvorbehalt nehmen wir als Abgeordnete der Regierungskoalition ernst. Da können Sie uns beim Wort nehmen.

(Beifall bei der SPD und dem BÜNDNIS 90/  
DIE GRÜNEN)

Jetzt gibt es von der Opposition Kritik daran, dass über die zwei entscheidenden Gesetze zum Emissionshandel in Deutschland, also über das Treibhausgas-Emissionshandelsgesetz und über ein Gesetz über den Nationalen Allokationsplan, nicht zeitgleich diskutiert werden kann. Zugegeben, eine zeitgleiche Diskussion wäre wünschenswert; aber auch die Opposition muss zugestehen, dass im Treibhausgas-Emissionshandelsgesetz zum Teil erst die rechtlichen Voraussetzungen geschaffen werden, um die Verordnungen und den Nationalen Allokationsplan in dieser Form aufzustellen. Auch die Opposition muss Zugeständnisse an den europäischen Terminplan machen. Fast kein EU-Land wird alle notwendigen Beschlüsse des nationalen Parlaments bis zum 31. März umgesetzt haben. Und diese Länder haben keinen Bundesrat, in dem die Opposition vor allem Blockade betreibt.

Stichwort **Bundesrat**: Die dort eingenommene Rolle ist wirklich nur noch durch die Kür des Kandidaten für die Bundespräsidentenwahl an Peinlichkeit zu überbieten. In den Ausschüssen des Bundestages verweigern Sie zumindest nur die Beratung über die Gesetze und versuchen, die entsprechenden Punkte von der Tagesordnung zu nehmen.

(Marie-Luise Dött [CDU/CSU]: Über Luftnummern kann man nicht debattieren!)

Im Bundesrat lehnen Sie aber die kostengünstigste Umsetzung, für die keine neuen Institutionen geschaffen werden müssen, ab und Sie nehmen tatsächlich in Kauf, dass eventuell eine hohe Zahl zusätzlicher Prüfer eingestellt werden muss. Die Kosten dafür müssen auf unsere Unternehmen umgelegt werden. Wie rechtfertigen Sie eigentlich den Wettbewerbsnachteil, den die Unternehmen durch die Kosten der Zertifikate wegen der unnötigen Zahl von zusätzlichen Beschäftigten im Vergleich mit anderen Ländern erfahren? Dafür würden Sie ganz allein die Verantwortung tragen.

(Beifall bei der SPD und dem BÜNDNIS 90/  
DIE GRÜNEN)

Am dreistesten ist aber der Versuch der Opposition, jedem am Emissionshandel Beteiligten alles Gewünschte zu versprechen. Man muss dazu nur einmal in die Medien schauen: Dort liest man von Forderungen der Opposition nach einem Sondertopf und nach noch einem Sondertopf oder nach einer günstigen Ausstattung. Liebe Kollegen von der Opposition, hat Ihnen noch nie jemand gesagt, dass diese Sondertöpfe dadurch gefüllt werden müssen, dass die Unternehmen zusätzliche Auflagen bekommen, dass die Unternehmen diese Sonderwünsche bezahlen müssen? Ist es in Ordnung, eine zusätzliche